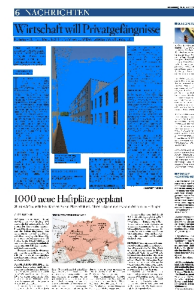


Datum: 03.02.2013

# Der Sonntag

Ausgabe Aargau



**ppp**  
Verein PPP Schweiz

AZ Zeitungen AG  
5401 Baden  
058/ 200 53 10  
www.sonntagonline.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 76'230  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 350.4  
Abo-Nr.: 1081047  
Seite: 6  
Fläche: 53'937 mm<sup>2</sup>

# Wirtschaft will Privatgefängnisse

Können Haftanstalten privat finanziert werden? Economiesuisse will dies prüfen



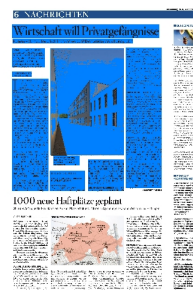
**Das Gefängnis in Burgdorf BE wurde privat finanziert. Der Betrieb ist staatlich.** HO

**ARGUS**   
MEDIENBEOBACHTUNG

Medienbeobachtung  
Medienanalyse  
Informationsmanagement  
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG  
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich  
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01  
www.argus.ch

Argus Ref.: 48755472  
Ausschnitt Seite: 1/2



AZ Zeitungen AG  
5401 Baden  
058/ 200 53 10  
www.sonntagonline.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 76'230  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 350.4  
Abo-Nr.: 1081047  
Seite: 6  
Fläche: 53'937 mm<sup>2</sup>

Pensionskassen, Sicherheitsfirmen und Politiker zeigen Interesse an privat geführten Gefängnissen. Doch die Justiz wehrt sich, ihre Monopolstellung aufzugeben und sich dem Wettbewerb zu stellen.

VON **BEAT KRAUSHAAR**  
UND **FABienne RIKLIN**

**I**n den nächsten Jahren werden Gefängnisse für Hunderte von Millionen Franken gebaut (siehe Karte). Um diese zu finanzieren, lanciert der Dachverband der Schweizer Wirtschaft Economiesuisse eine brisante Forderung: «Die Kosten von öffentlichen Projekten, dazu gelten auch Gefängnisneubauten, sollen auf eine Tauglichkeit auf Public Private Partnership (PPP) geprüft werden», sagt Kurt Lanz, Mitglied der Economiesuisse-Geschäftsleitung. Unter der Voraussetzung, dass die Sicherheit und die Qualität gewährleistet sind, stünde auch der Führung durch Private nichts im Weg, meint der Verband.

Strafanstalten sollen demnach auch von Privaten gebaut und betrieben werden können. Das PPP-Modell sieht vor, dass die öffentliche Hand einen privaten Partner beauftragt, den Bau zu finanzieren und über eine festgelegte Laufzeit zu betreiben. Dafür zahlt der Staat einen Beitrag an die Kosten.

Eine interessante und prüfungswerte Anlage, findet auch der Verband der Schweizer Pensionskassen. Jede Pensionskasse müsse aber selber entscheiden, ob sich eine solche Investition für sie lohne.

**DASS ES SICH LOHNT**, kann die Berner Baudirektorin Barbara Egger-Jenzer bestätigen. Letztes Jahr hat sie in Burgdorf mit dem Verwaltungszentrum Neumatt und einem Regionalgefängnis das erste Schweizer PPP-Projekt gestartet. Sie

rechnet dabei mit Einsparungen von rund 5 Prozent. In Deutschland, wo mehrere Strafanstalten teilprivatisiert sind, wurden mit dem PPP-Modell bereits Einsparungen in Millionenhöhe realisiert.

Die Berner Justiz schloss allerdings im Regionalgefängnis Burgdorf eine Privatisierung des Betriebs aus. Die Schweizer Justizvollzugsbehörden stellen sich nicht nur in Bern auf den Standpunkt, dass eine Gefängnis-Privatisierung nicht gewünscht und gesetzlich nicht möglich ist. «Der Freiheitsentzug ist der stärkste Eingriff, der gegenüber einer Person verhängt werden kann. Aus diesem Grund sollte er nicht nur vom Staat ausgesprochen, sondern auch von diesem kontrolliert werden», sagt Thomas Freytag, Präsident des Vereins Haftanstalten und Freiburger Gefängnisdirektor.

**AUS DEN GLEICHEN GRÜNDEN** ist eine Privatisierung auch im Kanton Zürich kein Thema, wie Justiz-Sprecherin Rebecca de Silva mitteilt. Auch im Kanton Graubünden, wo ein neues Gefängnis für über 100 Millionen gebaut wird, lehnt man eine Privatisierung ab. «Wir wollen den Betrieb der Anstalt selber führen», sagt der zuständige Bündner Regierungsrat Christian Rathgeb.

Dabei wäre der Betrieb durch Private erlaubt. «Der Bundesrat könnte versuchsweise und für eine beschränkte Zeit die Anstalten gänzlich privatisieren. In diesem Fall würde auch das Vollzugspersonal einem privaten Unternehmen unterstehen», sagt Ingrid Ryser, stellvertretende Informationsschefin des Bundesamtes für Justiz.

**PRIVATE INTERESSEN GÄBE ES:** Die Securitas würde eine entsprechende Anfrage prüfen. Und der Bündner Regierungsrat Rathgeb bestätigt, dass bei ihnen eine

Anfrage einer Sicherheitsfirma für den privaten Betrieb der geplanten neuen Strafanstalt eingegangen ist.

Politiker sind im Gegensatz zu den staatlichen Vollzugsbehörden der Privatisierung gegenüber offener eingestellt. «Der Bau wie auch der Betrieb von Strafanstalten nach dem PPP-Modell sollten sicherlich geprüft werden, da die Planung und Finanzierung oft langwierige Prozesse sind. Bei der Kontrolle und Aufsicht muss die Rechtsstaatlichkeit aber gewährleistet sein», sagt SP-Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel.

**CVP-PRÄSIDENT** Christophe Darbellay sagt: «Gegen die Finanzierung von Strafanstalten mittels PPP habe ich nichts, sofern es für den Staat günstiger und effizienter wird. Ebenfalls könnte ich mir aber vorstellen, künftig Gefängnisse in den Heimatländern der Straftäter zu bauen und zu betreiben.» Und der Solothurner FDP-Nationalrat Kurt Fluri meint: «Ich erachte das PPP-Modell als prüfungswert.»

Das hat der Kanton Bern für den geplanten Neubau des Frauengefängnisses Hindelbank gemacht. Dabei auch den Betrieb zu privatisieren – darauf verzichtete man. Denn laut der Berner Baudirektorin Egger zahlt der Bund bei PPP-Projekten keine Subventionen, da es noch keine rechtliche Grundlage gibt. Und die Berner Justiz wiederum ist nicht an einem privat geführten Betrieb interessiert.

## ■ FRAGE DER WOCHE

**SIND SIE DAFÜR, DASS GEFÄNGNISSE PRIVATISIERT WERDEN?**

**Stimmen Sie ab**

www.sonntagonline.ch oder  
E-Mail an [leserbrief@sonntagonline.ch](mailto:leserbrief@sonntagonline.ch)